

Campbell, David F. J. (2012). Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive, 293-315, in: Ludger Helms / David M. Winerither (Hrsg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich. Baden-Baden: Nomos.

[http://www.amazon.de/Die-%C3%B6sterreichische-Demokratie-im-Vergleich/dp/3832972579/ref=sr\\_1\\_9?ie=UTF8&qid=1347531461&sr=8-9](http://www.amazon.de/Die-%C3%B6sterreichische-Demokratie-im-Vergleich/dp/3832972579/ref=sr_1_9?ie=UTF8&qid=1347531461&sr=8-9)





## Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive

*David F. J. Campbell*

### *1. Einleitung: Forschungsfrage für die Analyse und Präsentation des Analysedesigns*

In diesem Beitrag soll es darum gehen, Österreichs Demokratiequalität zu analysieren. Das zentrale Ziel dieses Beitrags besteht darin, die österreichische Demokratiequalität aus international vergleichender Perspektive zu analysieren und zu „bewerten“ (evaluieren), wobei Bewertung (Evaluation) hier primär bedeutet, Ergebnisse der komparativen Betrachtung in Form von Thesen zur Diskussion zu stellen. Ausgangspunkt ist dabei das nationale politische System Österreichs. Österreichische Demokratie und Demokratiequalität sollen für die komparative Analyse mit allen anderen Mitgliedsländern der OECD (Organization for Economic Co-Operation and Development) verglichen werden, was somit auf einen „country-based“-Vergleich von Demokratiequalität hinausläuft. Auf supranationale (wie die Ebene der Europäischen Union, EU) oder transnationale (globale) Aggregationen wird verzichtet. Die OECD umfasst schwerpunktmäßig die Systeme von Westeuropa (sowohl EU als auch nicht-EU), Nordamerika (USA und Kanada), Japan, Australien und Neuseeland. Außerhalb dieser Regionen sind Israel, Mexiko und Chile Mitgliedsländer der OECD, was die globale Ausdehnung der OECD verdeutlicht. Mehrheitlich lassen sich die OECD-Länder über folgende zwei Merkmale bestimmen. Ökonomisch sind sie „advanced economies“ (IMF 2011: 150). Politisch gilt die Mehrheit der OECD-Länder als „established democracies“ oder als „Western democracies“ und zudem als empirische Manifestation von „liberaler Demokratie“ („liberal democracy“). Da die OECD-Länder mehrheitlich „advanced democracies“ und „advanced economies“ repräsentieren (vgl. Carayannis/Campbell 2011: 367, 2012), eignen sie sich grundsätzlich als eine gute „Peer Group“ für den Vergleich mit Österreich – eben für einen anspruchsvollen und „fairen“ Vergleich.

Der Schwerpunkt von Österreichs Demokratiequalität im OECD-Vergleich wird hier nicht auf Zeitreihen liegen, sondern sich vielmehr indikatorenspezifisch jeweils auf das letzte verfügbare Jahr mit empirischer Information beziehen (zumeist 2010 aus der Sicht vom Stand Jänner 2012). Dafür wird aber ein breiteres Spektrum von Indikatoren berücksichtigt. Diese Breite erscheint auch deswegen

notwendig, um Rückschlüsse für verschiedene (zugrunde liegende) Theorien und Modelle über Demokratiequalität zu erlauben. Mit Stand Jänner 2012 verfügte die OECD über 34 Mitgliedsländer.<sup>1</sup> Diese OECD-Länder definieren damit den primären Referenzrahmen für den internationalen Vergleich in unserer Analyse. Da nicht alle Mitgliedsländer der EU27<sup>2</sup> auch OECD-Mitgliedsländer sind, wurde für den Ländervergleich die Entscheidung getroffen, auch die nicht-OECD-Länder der EU27 hinzu zu nehmen, woraus sich eine erweiterte Ländergruppe von „OECD plus EU27“ ergibt. Diese zusätzlichen sechs Länder sind: Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Zypern. In Summe wird damit Österreichs Demokratiequalität im Vergleich zu 39 anderen Ländern gesetzt (einschließlich Österreich 40 Länder).

Es gibt natürlich nicht nur eine Demokratietheorie (Theorie über Demokratiequalität), vielmehr ist das Feld der Demokratietheorien ein pluralistisches und heterogenes. Es ko-existieren mehrere Theorien und Modelle der Demokratie (Cunningham 2002; Held 2006; Schmidt 2010). Metaphorisch ließe sich sogar figuralisieren und zur Diskussion stellen, ob Demokratietheorie nicht auch als eine *Meta-Theorie*, basierend auf diesen (teilweise widersprüchlichen) Einzeltheorien, verstanden oder konstruiert werden könnte. Demokratie lässt sich theoretisch als *multi-paradigmatisch* begreifen, in dem Sinne, dass es nicht nur ein (ein dominantes) Paradigma zu Demokratie gibt, sondern eben mehrere.<sup>3</sup> Wir müssen deshalb einen Pluralismus und einen Wettbewerb, eine Ko-Existenz und auch eine Ko-Entwicklung verschiedener Theorien über Demokratie konstatieren. Die Analyse hier wird aber von der zusätzlichen Annahme getragen, dass es zwischen Demokratietheorie einerseits und Demokratiemessung andererseits wichtige (auch konzeptionelle) Wechselbezüge gibt. In dieser Logik verlangt eine Weiterentwicklung oder Verbesserung von Demokratietheorie, dass es systematische Versuche der Demokratiemessung geben soll, so unvollständig oder lückenhaft eine empirische Demokratieermessung auch jeweils sein mag. So wie es keine „perfekte“ Demokratiemessung gibt, so gibt es auch keine „perfekte“ Demokratietheorie (exemplarisch zu Demokratiemessung siehe: Lauth et al. 2000; Lauth 2004, 2010, 2011; Campbell/Barth 2009;<sup>4</sup> Munck 2009; Schmidt 2010: 370-398). Theorien über Demokratiequalität sind im Übrigen zum Teil bereits weiter entwickelt, als vielfach (populärwissenschaftlich) angenommen, dahingehend, dass sie sich zu bestehenden Indikatoren bereits quer beziehen lassen. Eines der wichtigsten Theoriemodelle über

1 Siehe dazu: [http://www.oecd.org/pages/0,3417,en\\_36734052\\_36761800\\_1\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/pages/0,3417,en_36734052_36761800_1_1_1_1_1,00.html) (Zugriff 17.1.2012).

2 Siehe dazu aktuell: [http://europa.eu/about-eu/member-countries/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/member-countries/index_de.htm) (Zugriff 17.1.2012).

3 Für eine frühe Konzeption von Paradigma siehe beispielsweise Thomas S. Kuhn (1962).

4 Siehe dazu weiterführend: [http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS\\_2009\\_2\\_Campbell.pdf](http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2009_2_Campbell.pdf) und <http://www.ssoar.info/ssoar/View/?resid=12471> (Zugriff 17.1.2012).

Demokratiequalität, das eine empirische Operationalisierung zulässt, stammt von Guillermo O'Donnell (2004a). Das Feld der Demokratiequalität ist damit kein vages mehr, jedenfalls gewiss nicht für die OECD-Länder.

Der weitere Aufbau dieses Beitrags gliedert sich in folgende vier Abschnitte: in Abschnitt 2 werden verschiedene Konzeptualisierungen von Demokratie vorgestellt, in Abschnitt 3 erfolgt der konkrete empirische Vergleich der österreichischen Demokratiequalität. In Abschnitt 4 wird eine Bewertung der österreichischen Demokratiequalität versucht, bevor im Schlussteil (Abschnitt 5) schließlich Möglichkeiten für eine Demokratieverbesserung zur Diskussion gestellt werden.

## *2. Konzeptualisierung von Demokratie und Demokratiequalität: Freiheit, Gleichheit, Kontrolle und nachhaltige Entwicklung*

Wie lassen sich Demokratie und Demokratiequalität konzeptualisieren? Solch eine (theoretisch begründete) Konzeptualisierung ist notwendig, um Demokratie und Demokratiequalität einer Demokratiemessung zuführen zu können. Wobei Demokratiemessung gleichzeitig parallel mit der Demokratiedefinition mitgedacht werden kann (also Demokratiemessung auch zur Verbesserung von Demokratietheorie). Hans-Joachim Lauth (2004: 32-101) schlägt in diesem Zusammenhang ein „dreidimensionales Konzept von Demokratie“ vor, das sich aus folgenden Dimensionen (konzeptionellen Dimensionen) zusammensetzt: Gleichheit, Freiheit und Kontrolle (siehe dazu das „untere Dreieck“ in Abbildung 13.1).<sup>5</sup> Lauth (ebd.: 96) unterstreicht, dass diese drei Dimensionen für eine Definition von Demokratie bereits „hinreichend“ sind. Der Begriff der „Dimensionen“ bietet hier die konzeptionelle Eleganz an, dass er Theorie-übergreifend angewandt werden kann, dahingehend, dass eine Dimensionenstruktur (also ein System von dimensionalen Achsen) für Theorien auch Verortungsmöglichkeiten schafft. Ein und dieselbe Dimension (wie Gleichheit oder Freiheit) kann ein Merkmal verschiedener Demokratietheorien sein. Metaphorisch formuliert, können sich Dimensionen als beziehungsweise wie „Bausteine“ für Theorien und Theorieentwicklung verhalten.

<sup>5</sup> Für eine darauf aufbauende „prozedurale Definition“ von Demokratie siehe wiederum Lauth (2004: 100).

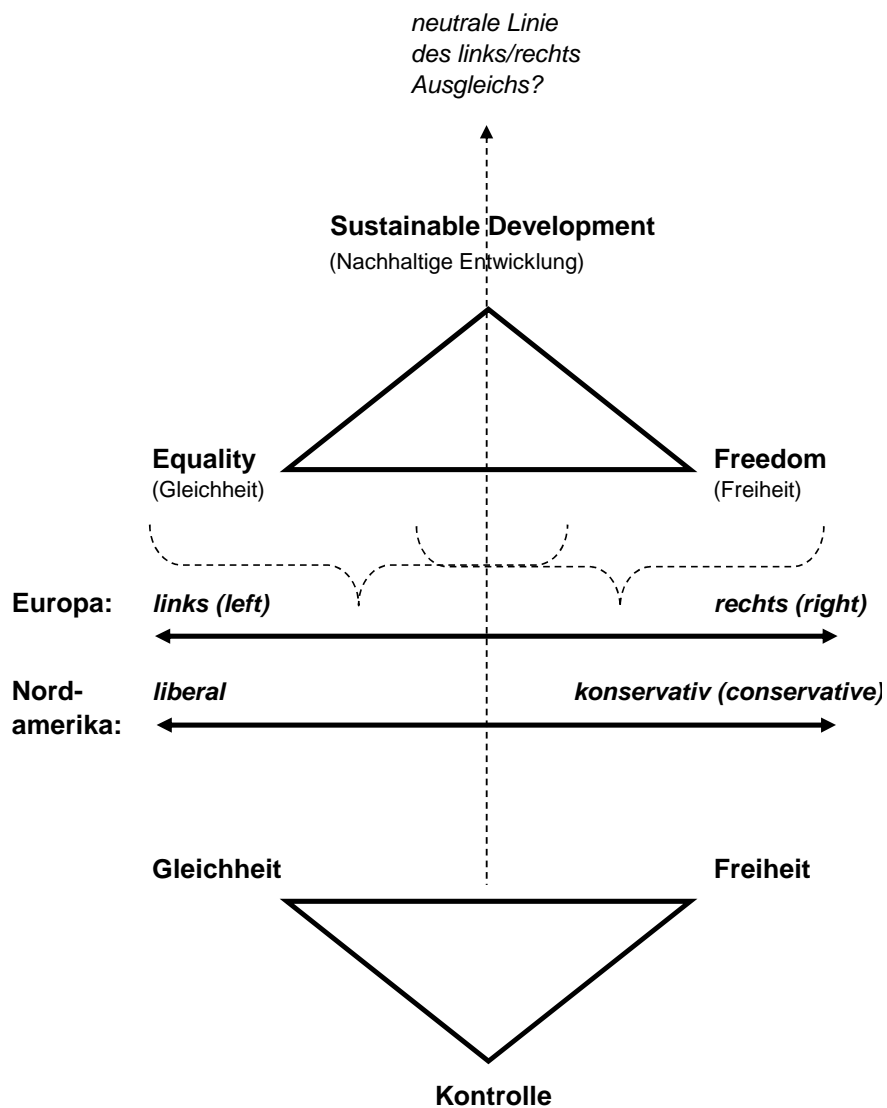


Abbildung 13.1 Dimensionen (konzeptionelle Dimensionen) für die Messung von Demokratie und Demokratiequalität I

Quelle: Eigene Darstellung des Autors basierend (1) für das obere Dreieck auf Campbell (2008: 32) und (2) für das untere Dreieck auf Lauth (2004: 32-101).

Empirisch sollte noch ergänzt werden, dass in der politischen Wahrnehmung der europäischen Öffentlichkeit die Gleichheit<sup>6</sup> traditionell näher mit linken Positionen auf einer politischen Links-rechts-Achse assoziiert wird, Freiheit hingegen näher mit rechten Positionen (Harding et al. 1986: 87). Die europäische Links-rechts-Achse ließe sich für den nordamerikanischen Kontext gut funktional in eine Liberal-konservativ-Achse übersetzen (mit links = liberal und rechts = konservativ; siehe wiederum Abbildung 13.1).

Im Hinblick auf Demokratie und Demokratiequalität stellt sich als eine Ausgangsfrage, ob (a) sich Demokratie als Merkmal oder Kriterium ausschließlich auf das politische System bezieht oder beziehen soll beziehungsweise ob (b) Demokratie auch den Kontext des politischen Systems mit einschließt, schließlich den gesellschaftlichen, ökonomischen aber auch ökologischen Kontext. Das hat natürlich Implikationen dafür, welche Indikatoren für Demokratiemessung verwendet werden können. Wie „eng“ (fokussiert) oder wie „breit“ sollen Demokratiedefinitionen sein? Das widerspiegelt sich auch im Begriff der minimalistischen versus der maximalistischen Demokratietheorien (siehe beispielsweise Sodaro 2004: 168, 180, 182). Dazu gibt es die unterschiedlichsten Theoriepositionen. Möglicherweise ist (war) es im Sinne der theoretischen „Orthodoxie“, Demokratie auf das politische System einzugrenzen (Munck 2009: 126-127), und repräsentieren Versuche der verstärkten theoretischen Inklusion des Kontextes des politischen Systems durchaus jüngere Ansätze, die sich im Theorie-Mainstream erst noch erfolgreich verankern und etablieren müssen (siehe beispielsweise Stoiber 2011). Trotzdem gibt es bereits explizite Theoriebeispiele dafür, den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Kontext in Demokratiemodellen einzubauen. Das Theoriemodell der Initiative des „Democracy Ranking“<sup>7</sup> wäre dafür ein explizites Beispiel (Campbell 2008).<sup>8</sup>

Als einen gewissen Trend für Demokratietheorien lässt sich zur Diskussion stellen, dass Demokratietheorien über die Zeit immer anspruchsvoller und komplexer werden, unabhängig davon, ob sich das Demokratieverständnis ausschließlich (vorwiegend) nur auf das politische System oder auch seinen Kontext bezieht. Das widerspiegelt sich auch in der Etablierung von Demokratiemodellen. Das einfachste Demokratiemodell ist jenes der „electoral democracy“ („elektorale Demokratie“ [Helms 2007: 19] oder auch „Wahldemokratie“ [Campbell/Barth 2009:

6 Gleichheit lässt sich in das Englische sowohl mit equality als auch mit equity übersetzen. Bedeutungen können überlappend sein. Equality bezieht sich mehr auf Gleichheit des Outputs oder des Ergebnisses, equity mehr auf Gleichheit des Inputs beziehungsweise die Gleichheit der Chancen (also Fairness). In dieser Hinsicht muss „equity“ nicht unbedingt in „equality“ münden.

7 Siehe dazu: <http://www.democracyranking.org/en/> (Zugriff 17.1.2012).

8 Siehe hier: [http://www.democracyranking.org/downloads/basic\\_concept\\_democracy\\_ranking\\_2008\\_A4.pdf](http://www.democracyranking.org/downloads/basic_concept_democracy_ranking_2008_A4.pdf) (Zugriff 17.1.2012).

212]). Eine „electoral democracy“ fokussiert auf den Prozess der Wahlen beziehungsweise des Wählens, betont die politischen Rechte, und lässt sich mehr im Sinne von Mindeststandards oder Mindestansprüchen verstehen, die erfüllt sein müssen, um überhaupt von einer Demokratie sprechen zu können.<sup>9</sup> Freedom House (2011a)<sup>10</sup> definiert eine „electoral democracy“ über folgende Kriterien: „A competitive, multiparty political system“; „Universal adult suffrage for all citizens“; „Regularly contested elections“; und „Significant public access of major political parties to the electorate through the media and through generally open political campaigning“. Die nächste Qualitätsstufe von Demokratie ist die so genannte „liberal democracy“ (liberale Demokratie). Bei der „liberal democracy“ kommen zu den politischen Rechten („political rights“) entscheidend die bürgerlichen Freiheiten („civil liberties“) hinzu sowie komplexere und anspruchsvollere Formen ihrer Institutionalisierung. Die liberale Demokratie möchte nicht nur die Mindestkriterien, also das Mindestmaß an Demokratie erfüllen, sondern bereits einer entwickelten, also „advanced democracy“ entsprechen. Jede „liberal democracy“ ist auch eine „electoral democracy“, aber nicht jede „electoral democracy“ bereits automatisch eine „liberal democracy“. Im Sinne einer qualitativen Höherentwicklung von Demokratien ließe sich konzeptionell eventuell idealtypisch differenzieren zwischen, beziehungsweise sich als spezifische Abfolge begreifen: „electoral democracy“, „liberal democracy“ und „advanced (liberal) democracy“ mit einer hohen Demokratiequalität („high quality of democracy“).

In „Polyarchy“ kommt Robert A. Dahl (1971: 2-9) noch zu dem Schluss, dass vielfach zwei Dimensionen ausreichend sind, um das Funktionieren demokratischer Regime beschreiben zu können: (a) „contestation“ („public contestation“, „political competition“) sowie (b) „participation“ („participation“, „inclusiveness“, „right to participate in elections and office“). Auch betreffend seine acht Kriterien, die Anthony Downs in „An Economic Theory of Democracy“ (1957: 23-24) für eine „democratic government“ definiert, ließe sich argumentieren, dass diese mehr in Richtung einer „electoral democracy“ gehen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist das konzeptionelle Verständnis von Demokratie und Demokratiequalität bereits entsprechend ausdifferenzierter, lässt sich eine bedeutsame konzeptionelle Weiterentwicklung konstatieren. Larry Diamond und Leonardo Morlino (2004: 22-28), in einem Überblick zum Stand der internationalen Forschung zu Demokratie und Demokratiequalität, schlagen vor, dass sich bereits „eight dimensions of democratic quality“ benennen lassen, also acht Dimensionen der Demokratiequalität. Diese sind: (a) „rule of law“ (Rechtsstaatlichkeit);<sup>11</sup> (b) „participation“

9 Für eine gelungene Diskussion des Wählens siehe Rosenberger/Seeber (2008).

10 Siehe: [http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana\\_page=379&year=2011](http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=379&year=2011) (Zugriff 17.1.2012).

11 Siehe dazu auch O'Donnell 2004b.



(Partizipation); (c) „competition“ (Wettbewerb); (d) „vertical accountability“ (vertikale Verantwortlichkeit);<sup>12</sup> (e) „horizontal accountability“ (horizontale Verantwortlichkeit); (f) „freedom“ (Freiheit);<sup>13</sup> (g) „equality“ (Gleichheit); und (h) „responsiveness“ (Responsivität, Ansprechbarkeit). Wie Diamond und Morlino (2004: 22) weiter ausführen: „The multidimensional nature of our framework, and of the growing number of democracy assessments that are being conducted, implies a pluralist notion of democratic quality“. Konzeptionell lässt sich diesen acht Dimensionen auch eine Unterscheidung von Demokratiequalität im Hinblick auf Prozedere beziehungsweise Verfahren („procedure“), Inhalt, eventuell „Substanz“ („content“) sowie Ergebnisse („results“) zugrunde legen (Diamond/Morlino 2004: 21-22, 2005; siehe ferner Campbell/Barth 2009: 212-213; siehe auch Abbildung 13.2).

12 Siehe Schmitter 2004.

13 Hier siehe ebenfalls Beetham 2004.

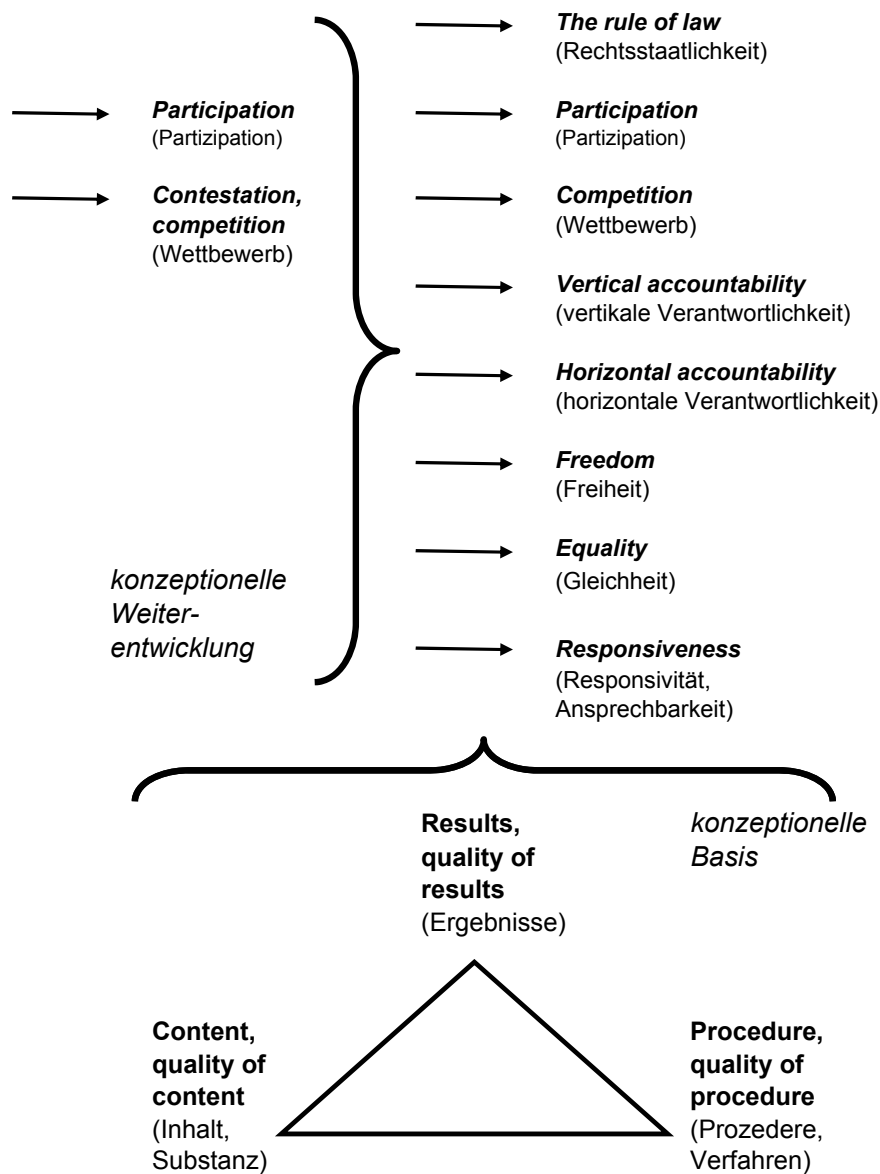


Abbildung 13.2 Dimensionen (konzeptionelle Dimensionen) für die Messung von Demokratie und Demokratiequalität II

Quellen: Diamond/Morline (2004); siehe ferner (für Partizipation und Wettbewerb) Dahl (1975) sowie auch Diamond/Morline (2005). Quelle für das graphische Arrangieren der Abbildung 13.2: Eigene Darstellung des Autors basierend auf Campbell (2008: 26).

„Frühere Diskussionen waren stärker von einem dichotomen Verständnis geprägt, das Demokratien den Nicht-Demokratien gegenüberstellte“ (Campbell/Barth 2009: 210). Mit dem quantitativen Ausbreiten demokratischer Regimes gewinnt hingegen die Frage an Bedeutung, deutlicher zwischen der Qualität verschiedener Demokratien zu differenzieren.<sup>14</sup> Auch unterliegen Demokratien ihrerseits einer Entwicklung, die mit ihrer Etablierung nicht aufhört, sondern wahrscheinlich erst beginnt. Demokratien müssen auf neue Herausforderungen und Problemstellungen auch immer neue Antworten und Problemlösungen finden. Vielleicht muss sich damit Demokratie auch laufend immer wieder neu selbst erfinden und innovieren („to re-invent itself“), ein gewisses Maß an Demokratie oder Demokratiequalität wird nicht selbstverständlich fortgesetzt. Über die Zeit betrachtet können verschiedene Szenarien eintreten, kann eine Demokratiequalität konstant fortgesetzt werden, erodieren oder sich aber auch verbessern. Eine Verbesserung von Demokratiequalität sollte letztlich das Ziel von Demokratie sein. Frühere Vorstellungen einer „electoral democracy“ reichen da nicht mehr aus.

Guillermo O’Donnell (2004a) entwickelte ein breites Theorieverständnis von Demokratie und Demokratiequalität. In seinem Theorieansatz ergibt sich und entsteht Demokratiequalität aus der Wechselwirkung von „human development“ und „human rights“: „True, in its origin the concept of human development focused mostly on the social and economic context, while the concept of human rights focused mostly on the legal system and on the prevention and redress of state violence“ (ebd.: 12). Die „human rights“ lassen sich in „civil rights“, „political rights“ und „social rights“ differenzieren, wobei O’Donnell (ebd.: 47) hier die Klassifikation von T. H. Marshall (1964) aufgreift und übernimmt. „Human development“ lässt danach fragen, „... what may be, at least, a minimum set of conditions, or capabilities, that enable human beings to function in ways appropriate to their condition as such beings“ (O’Donnell 2004a: 12), also im Einklang mit ihrer Menschenwürde, und ferner, dass sie realistisch an politischen Prozessen in einer Demokratie partizipieren können. Außerdem bezieht sich O’Donnell auch direkt auf die „Human Development Reports“ mit dem „Human Development Index“ (HDI), so wie sie jährlich vom United Nations Development Program (UNDP) veröffentlicht werden (UNDP 2000: 20).<sup>15</sup>

Werden die Ausführungen von O’Donnell wiederum bezogen auf unsere Eingangsfragen zur Konzeptualisierung von Demokratie und Demokratiequalität, so lässt sich „nachhaltige Entwicklung“ („sustainable development“)<sup>16</sup> als eine wei-

14 Laut Freedom House (2011b) lebten im Jahr 1980 42,5 Prozent der Weltbevölkerung in einem unfreien politischen Kontext. Dieser Wert reduzierte sich bis 2010 auf 35,4 Prozent.

15 Als gebündelte Website für alle (über das Internet frei zugänglichen) Human Development Reports siehe: <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2011/> (Zugriff 17.1.2012).

16 Für verschiedene Ansätze und Möglichkeiten der Definition von nachhaltiger Entwicklung siehe Winiwarter/Knoll (2007: 306-307).

tere – in Ergänzung zu den drei Dimensionen bei Lauth –, vierte konzeptionelle Dimension für Demokratie vorschlagen, die vor allem auch für Demokratiequalität in globaler Perspektive von Bedeutung ist.<sup>17</sup>

Wie bereits weiter oben erwähnt, wird Gleichheit öfters näher zu linken politischen Positionen und Freiheit näher zu rechten Positionen assoziiert (auch so dargestellt in Abbildung 13.1). Eine Leistungsmessung von politischen und nicht-politischen Dimensionen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung hat hier den Vorteil (vor allem dann, wenn nachhaltige Entwicklung umfassend verstanden wird), dass dies politisch mehr links-rechts-neutral ausfällt. Solche eine Performanzmessung, als Basis für eine Bewertung von Demokratie und Demokratiequalität, bietet einen zusätzlichen Referenzpunkt (Meta-Referenzpunkt) außerhalb üblicher ideologisch-geladener Konfliktpositionen an (Campbell 2008: 30-32). Genauso ließe sich argumentieren, dass sich die von Lauth (2004: 77-96) genannte Dimension der Kontrolle ebenfalls links-rechts-neutral positioniert (Abbildung 13.1). Die vom „Democracy Ranking“ entwickelte Definition für Demokratiequalität lautet (Campbell 2008: 41): „Quality of Democracy = (freedom & other characteristics of the political system) & (performance on the non-political dimensions)“. Diese Definition lässt sich als ein weiterer empirischer Operationalisierungsschritt beziehungsweise als eine praktische Umsetzung für die Messung von Demokratie und Demokratiequalität interpretieren, die auf der Theorie über Demokratiequalität von Guillermo O’Donnell aufbaut beziehungsweise in welche theoretische Grundsätze (Annahmen) von O’Donnell einfließen. Die konzeptionelle Demokratieformel des Democracy Ranking wurde aber unabhängig von O’Donnell entwickelt (Campbell/Sükösd 2002).

Es gibt bereits mehrere globale Initiativen, die sich einer regelmäßigen empirischen Demokratiemessung widmen. Auf Freedom House (siehe beispielsweise Gastil 1993) und das Democracy Ranking wird im Rahmen der Analyse der österreichischen Demokratiequalität später noch genauer eingegangen. Andere Initiativen sind (ohne den Anspruch auf Vollständigkeit): „Vanhanen’s Index of Democracy“<sup>18</sup> (Vanhanen 2000); „Polity IV“<sup>19</sup>; „Democracy Index“<sup>20</sup> (EIU 2010); und das „Democracy Barometer“<sup>21</sup> (Bühlmann et al. 2011) (für einen Vergleich verschiedener Initiativen siehe Pickel/Pickel 2006: 151-277; Campbell/Barth 2009: 214-218). Das Democracy Barometer legt der Demokratiequalität einen „Kon-

17 Für einen systematischen empirischen Bewertungsversuch über mögliche Zusammenhänge zwischen Demokratie und Entwicklung siehe Przeworski et al. (2003).

18 Siehe: <http://www.prio.no/CSCW/Datasets/Governance/Vanhanens-index-of-democracy> (Zugriff 17.1.2012).

19 Siehe: <http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm> (Zugriff 17.1.2012).

20 Siehe: [http://www.eiu.com/public/topical\\_report.aspx?campaignid=demo2010](http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=demo2010) (Zugriff 17.1.2012).

21 Siehe: <http://www.democracybarometer.org/> (Zugriff 17.1.2012).

zeptbaum“ zugrunde, der sich ebenfalls aus den drei Dimensionen Freiheit, Kontrolle und Gleichheit zusammensetzt: „Das Democracy Barometer geht davon aus, dass Demokratie durch die drei Prinzipien Freiheit, Kontrolle und Gleichheit sichergestellt wird.“<sup>22</sup> Hier ist eine große Strukturähnlichkeit zu den drei (konzeptionellen) Dimensionen der Demokratie bei Lauth (2004: 32-101) gegeben, wo ebenfalls von Gleichheit, Freiheit und Kontrolle gesprochen wird (Abbildung 13.1).

Das „International Institute for Democracy and Electoral Assistance“ (International IDEA),<sup>23</sup> mit Sitz in Stockholm, widmet sich über den Ansatz des „Democratic Audit“ der Bewertung beziehungsweise Evaluation von Demokratiequalität („Assessing the Quality of Democracy“). Dafür verwendet IDEA ein eigenes „State of Democracy“ (SoD) „Assessment Framework“, das auf folgenden zwei Grundprinzipien aufbaut: „popular control over public decision making and decision makers“; und „equality of respect and voice between citizens in the exercise of that control“ (IDEA 2008: 23). Dieses Framework lässt sich als eine weiterführende Operationalisierungsstufe für Demokratiebewertung jener Konzepte verstehen, die von David Beetham entwickelt wurden. Beetham (1994: 30) argumentiert, dass ein vollständiger „democratic audit“ folgende Bereiche umfassen muss: „free and fair elections“; „civil and political rights“; „a democratic society“; und „open and accountable government“. Beetham war sukzessive in mehreren Democratic-Audit-Verfahren in Großbritannien (United Kingdom, UK) involviert (siehe beispielsweise Beetham et al. 2002), ferner (zumindest für die konzeptionelle Weiterentwicklung) auch bei IDEA engagiert (siehe wiederum IDEA 2008). Das Assessment-Framework von IDEA für eine Demokratieevaluation wurde seit 2000 in 21 Ländern angewandt, jedoch nicht in Österreich, Deutschland und der Schweiz.<sup>24</sup>

Soll kurz der bisherige Stand von Forschung und Studien zur österreichischen Demokratiequalität zusammengefasst werden, so wäre der zeitliche Ausgangspunkt dafür mit Mitte der 1990er Jahre zu setzen. *Die Qualität der österreichischen Demokratie* (Campbell et al. 1996) repräsentiert den ersten Versuch, zumindest von wissenschaftlicher Seite, die österreichische Demokratiequalität zu analysieren. Der nächste, bereits wiederum systematischere Ansatz einer Bewertung der österreichischen Demokratiequalität fand in *Demokratiequalität in Österreich* (Campbell/Schaller 2002)<sup>25</sup> statt. In einem eigenen Kapitelbeitrag zu diesem Band wurde konkret versucht, die österreichische Demokratiequalität aus einer Wech-

22 Siehe: [http://www.democracybarometer.org/concept\\_de.html](http://www.democracybarometer.org/concept_de.html) (Zugriff 17.1.2012).

23 Siehe: <http://www.idea.int/> (Zugriff 17.1.2012).

24 Für einen Überblick siehe: <http://www.idea.int/sod/worldwide/reports.cfm> (Zugriff 17.1.2012).

25 Dieses Buch kann in der Zwischenzeit bereits frei als PDF vom Web herunter geladen werden. Siehe dazu die folgenden weiterführenden Links: [http://www.oegpw.at/sek\\_agora/publikationen.htm](http://www.oegpw.at/sek_agora/publikationen.htm) und <http://www.ssoar.info/ssoar/View/?resid=12473> (Zugriff 17.1.2012).

selwirkung von *Grundrechten*<sup>26</sup> einerseits und *Macht-ausbalancierenden Strukturen*<sup>27</sup> andererseits zu verstehen beziehungsweise zu positionieren (Campbell 2002: 19; siehe dazu ferner Pelinka/Rosenberger 2003: 74). Spätere Studien bevorzugten bereits vielfach einen komparativen Zugang (siehe Beck/Schaller 2003; Fröschl et al. 2008; Barth 2010 und 2011).

### 3. Die österreichische Demokratiequalität im 40-Länder-Vergleich

Im Folgenden gilt es, auf Basis empirischer Indikatoren die österreichische Demokratiequalität einer komparativen Betrachtung und Analyse zuzuführen, um schließlich Thesen zur Bewertung und Evaluation von Österreichs Demokratiequalität zur Diskussion stellen zu können (folgend in Abschnitt 4). Bewertung, vielmehr noch Evaluation, sollten dabei weniger als faktische Aussagen, sondern mehr als Anregungen für Diskussion und Möglichkeiten einer Demokratieverbesserung verstanden werden. Evaluation will hier also Demokratielernen provozieren. Der empirische Referenzrahmen („benchmark for comparison“) sind alle Mitgliedsländer der OECD, ergänzt noch um alle Mitgliedsländer der EU27. Der gewählte Zeitpunkt ist das jeweils letzte Jahr mit bestehender Dateninformation (aus Sicht des Jänners 2012), in der Regel also das Jahr 2010.<sup>28</sup> Es wurden nur verfügbare Indikatoren genommen, und keine neuen Indikatoren kreiert. Es geht somit um das Abrufen bereits bestehenden Wissens. Es werden Indikatoren von solchen Institutionen (Organisationen) verwendet, die einerseits einen (relativ) „überparteilichen“ Ruf haben, aber andererseits auch eine gewisse konsensuale „Mainstream“-Sicht widerspiegeln. Mögliche kritische Befunde wiegen deshalb dann umso schwerer. Das soll auch unterstreichen, dass zumindest die OECD-Länder über weite Strecken bereits gut über Indikatoren dokumentiert sind (was nicht einen Bedarf nach neuen und besseren Indikatoren ausschließt). Um eine komparative Betrachtung und Analyse über die verschiedenen Indikatoren zu unterstützen, wurden alle Indikatoren auf ein Wertespektrum von 0-100 re-skaliert, bei dem „0“ jeweils als das schlechteste und „100“ als das beste (empirisch bereits vorhandene) Maß für Demokratie und Demokratiequalität zu interpretieren wären (im Rahmen unseres 40-Länder-Vergleichs).<sup>29</sup> Insgesamt basiert der Vergleich auf elf Indika-

26 Grundrechte ließen sich dabei im Sinne der human rights bei Guillermo O'Donnell (2004a: 12, 47) verstehen.

27 Bei den für Demokratie genannten (konzeptionellen) Dimensionen könnten die Macht-ausbalancierenden beziehungsweise Macht-ausgleichenden Strukturen der Dimension der Kontrolle (siehe Lauth 2004: 77-96) zugeordnet werden.

28 Nachfolgend in Tabelle 13.1 musste zum Teil geschätzt werden, auf welches Kalenderjahr sich welches Indexjahr bezieht.

29 Bei der Re-Skalierung von Pressefreiheit und des Gini-Koeffizienten wurde deshalb die Werterichtung der Primärdaten umgedreht.

toren, die sich mehrheitlich auch (mehr oder weniger) eindeutig den von uns identifizierten vier (konzeptionellen) Dimensionen von Demokratie zuordnen lassen (siehe wiederum Abbildung 13.1 in Abschnitt 2). Solch ein breiteres Indikatoren-spektrum lässt sich als ein Versuch und Beitrag dafür verstehen, ein „vielschichtiges Qualitätsprofil von Demokratien zu bestimmen“, und könnte damit helfen, wie von Hans-Joachim Lauth (2011: 49) zur Diskussion gestellt, „qualitative oder komplexe Ansätze der Demokratiemessung“ zu entwickeln. In der nachfolgenden Tabelle 13.1 halten wir das empirische Ergebnis fest. Im Folgenden sollen die genauen Quellen der Indikatoren angeführt und präzisiert werden:

- a) *Die Dimension der Freiheit:* Dafür verwenden wir die „political rights“, die „civil liberties“ und die „freedom of press“, so wie sie jährlich von Freedom House (2011c, 2011d) erstellt werden. Bürgerliche Freiheiten („civil liberties“) sind wichtig, weil diese eine entscheidende Unterscheidungslinie zwischen primär „electoral democracies“ und den „liberal democracies“ mit einer höheren Demokratiequalität ziehen. Bei den politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten wurde ferner auf die differenzierteren „Aggregate and Subcategory Scores“ zugegriffen. Betreffend die Glaubwürdigkeit der Freiheitsrankings durch Freedom House gibt es teilweise kontroverse Diskussionen. Es scheint aber so zu sein, dass sich die Methodologie von Freedom House in den letzten Jahren verbesserte, und Freedom House im Wesentlichen ein Peer-Review-Verfahren anwendet, welches grundsätzlich akademischen Standards entspricht (Freedom House 2011a). Auch sind Freedom-House-Daten für die OECD-Länder weniger problematisch als bei nicht-OECD-Ländern. Ferner sieht Freedom House die Freiheit in mehreren Ländern höher als in den USA selbst (siehe auch die Diskussion bei Pickel/Pickel 2006: 221). Zusätzlich zogen wir den „Index of Economic Freedom“ hinzu (Heritage Foundation 2011). Bei der ökonomischen Freiheit ließe sich natürlich streiten, ob diese bei einer Bewertung (der Freiheit) von Demokratiequalität Eingang finden sollte.
- b) *Die Dimension der Gleichheit:* Hier fiel die Wahl auf zwei Indikatoren. Bei Gender-Gleichheit beziehen wir uns auf den „Global Gender Gap Index“, so wie er jährlich vom World Economic Forum (Hausmann et al. 2011) veröffentlicht wird. Es handelt sich hier um ein umfassendes Maß für Gender-Gleichheit, das folgende Bereiche erfasst: „Economic Participation and Opportunity“; „Educational Attainment“; „Health and Survival“; und „Political Empowerment“. Bei der Einkommensgleichheit beschlossen wir, uns auf die „Social and Welfare Statistics“ der OECD (2011) zu beziehen. Bei der Einkommensverteilung entschieden wir uns für den Gini-Koeffizienten für die ge-

samte Bevölkerung (nach Abzug der Steuern und nach Erhalt möglicher Transferleistungen).<sup>30</sup>

- c) *Die Dimension der Kontrolle*: Hier galt unsere Wahl dem „Corruption Perceptions Index“ (CPI), der jedes Jahr von Transparency International (TI 2011) herausgegeben wird. Der CPI aggregiert über verschiedene Surveys, wie in einem Land das Ausmaß der Korruption wahrgenommen wird. Korruption lässt sich als ein (indirektes) Maß dafür interpretieren, ob Kontrolle funktioniert (oder auch nicht).
- d) *Die Dimension der nachhaltigen Entwicklung*: Die erste Wahl hier bezieht sich auf den „Human Development Index“ (HDI), den die Vereinten Nationen regelmäßig veröffentlichen (UNDP 2011). Der HDI errechnet sich aus folgenden Bereichen: „Long and healthy life“; „Knowledge“; und „A decent standard of living“. Der HDI misst damit „human development“, eines der beiden Grundprinzipien, welches gemeinsam mit den „human rights“ die Theoriearchitektur von Guillermo O’Donnell (2004a) zu Demokratiequalität darstellt und erklärt. Als zweiten Indikator verwenden wir die aggregierten „total scores“ des Democracy Ranking (2011). Das „Democracy Ranking 2011“ errechnet Durchschnittswerte für die Jahre 2006-2007 und 2009-2010, und aggregiert dabei die verschiedenen Dimensionen folgendermaßen (Campbell 2008: 34): „politics“ 50 Prozent; und jeweils 10 Prozent für „gender“, „economy“, „knowledge“, „health“ und „environment“. Damit definiert und erfasst das Democracy Ranking die nachhaltige Entwicklung noch umfassender als der HDI (vgl. Campbell 2011: 3).
- e) *Andere Indikatoren*: Ferner entschieden wir uns, zwei Indikatoren des „Migrant Integration Policy Index“ (MIPEX) in unseren Vergleich der Demokratiequalität aufzunehmen (Huddleston et al. 2011): einerseits den „overall score (with education)“ sowie den „access to nationality“ (Zugang zu Staatsbürgerschaft). Dieser Index misst also die Integration von Migrantinnen und Migranten beziehungsweise Nicht-Staatsbürgern in eine Gesellschaft und Demokratie. Auf den ersten Blick hin ist es nicht ganz eindeutig, zu welcher beziehungsweise welchen der oben beschriebenen Dimensionen (Freiheit, Gleichheit, Kontrolle und nachhaltige Entwicklung) der MIPEX zuzuordnen wäre. Möglicherweise sind da auch multiple Zuordnungen denkbar.

30 Beim Gini-Koeffizienten (re-skaliert als Einkommensgleichheit) in Tabelle 13.1 handelt es sich bei 2009 um ein ungefähres Schätzzjahr. Wörtlich wird in der entsprechenden on-line Datenbank der OECD (2011) von „Late 2000s“ gesprochen.



Tabelle 13.1 Österreichische Demokratiequalität im Vergleich

	Political Rights (2010)	Civil Liberties (2010)	Freedom of Press (2010)	Economic Freedom (2010)	Gender-Gleichheit (2010)	Einkommensgleichheit (2009)	Corruption Perceptions Index (2010)	Human Development Index (2010)	Democracy Ranking (2009-2010)	Migrant Integration Policy Index (2010)	MIPEX: Access to Nationality (2010)
Australien	97,5	95,0	87,8	100,0	85,5	86,9	93,5	98,5	90,0	81,9	93,9
Belgien	97,5	96,7	97,8	85,1	88,3	97,0	76,3	94,0	90,3	80,7	84,1
Bulgarien	87,5	78,3	72,2	78,7	81,9		38,7	81,8	72,2	49,4	29,3
Chile	97,5	96,7	78,9	93,8	82,4	66,2	77,4	85,4	81,3		
Dänemark	100,0	95,0	96,7	95,3	91,2	98,4	100,0	94,9	94,6	63,9	40,2
Deutschland	97,5	95,0	92,2	87,0	89,0	92,3	84,9	96,0	91,6	68,7	72,0
Estland	97,5	93,3	91,1	91,2	81,9	89,7	69,9	88,5	81,5	55,4	19,5
Finnland	100,0	100,0	100,0	89,7	98,3	97,0	98,9	93,5	97,2	83,1	69,5
Frankreich	95,0	95,0	85,6	78,3	82,3	92,5	73,1	93,7	86,2	61,4	72,0
Griechenland	90,0	83,3	77,8	73,1	81,1	90,7	37,6	91,3	78,9	59,0	69,5
Irland	97,5	96,7	93,3	95,4	91,8	92,5	86,0	96,3	91,7	59,0	70,7
Island	100,0	98,3	97,8	82,7	100,0	91,5	91,4	95,2			
Israel	90,0	78,3	78,9	83,0	81,2	82,3	65,6	94,2	82,5		
Italien	92,5	86,7	73,3	73,1	79,7	86,8	41,9	92,7	80,3	72,3	76,8
Japan	92,5	85,0	87,8	88,2	76,4	87,8	83,9	95,5	83,8	45,8	40,2
Kanada	100,0	98,3	90,0	97,9	86,8	88,5	95,7	96,3	90,4	86,7	90,2
Korea	90,0	83,3	75,6	84,6	73,6	89,7	58,1	95,1	79,4		
Lettland	82,5	86,7	82,2	79,8	86,7		46,2	85,4	77,6	37,3	18,3
Litauen	92,5	88,3	86,7	86,4	83,6		53,8	85,9	79,7	48,2	24,4
Luxemburg	100,0	100,0	97,8	92,4	84,6	93,2	91,4	91,9		71,1	80,5
Malta	97,5	96,7	86,7	79,6	78,1		60,2	88,2		44,6	31,7
Mexiko	72,5	61,7	42,2	82,2	77,4	68,6	33,3	81,7	63,9		
Neuseeland	97,5	96,7	94,4	99,8	91,6	87,7	100,0	96,3	93,9		
Niederlande	100,0	96,7	95,6	90,5	87,6	92,4	94,6	96,5	93,6	81,9	80,5
Norwegen	100,0	100,0	98,9	85,2	98,5	98,2	92,5	100,0	100,0	79,5	50,0
Österreich	97,5	96,7	87,8	87,2	84,0	96,7	84,9	93,8	90,5	50,6	26,8
Polen	95,0	91,7	83,3	77,7	82,5	91,0	57,0	86,2	79,7	50,6	42,7
Portugal	97,5	96,7	92,2	77,6	83,8	84,7	64,5	85,8	85,7	95,2	100,0
Rumänien	85,0	81,7	64,4	78,4	79,9		39,8	82,8	71,6	54,2	35,4
Slowakische R.	92,5	88,3	86,7	84,2	79,7	97,3	46,2	88,4	76,9	43,4	32,9
Slowenien	95,0	88,3	83,3	78,3	82,5	100,0	68,8	93,7	85,1	59,0	40,2
Spanien	100,0	95,0	85,6	85,1	88,9	89,4	65,6	93,1	87,8	75,9	47,6
Schweden	100,0	100,0	98,9	87,2	94,3	97,0	98,9	95,9	98,9	100,0	96,3
Schweiz	97,5	95,0	96,7	99,3	89,4	91,2	93,5	95,8	96,6	51,8	43,9
Tschechische R.	95,0	95,0	90,0	85,3	79,6	97,4	49,5	91,7	80,4	55,4	40,2
Türkei	67,5	60,0	51,1	77,8	69,8	77,4	47,3	74,1	58,9		
Ungarn	92,5	88,3	77,8	80,7	77,9	95,3	50,5	86,5	77,3	54,2	37,8
UK	100,0	95,0	90,0	90,3	87,5	85,7	81,7	91,5	90,5	68,7	72,0
USA	95,0	93,3	92,2	94,3	86,9	81,4	76,3	96,5	89,4	74,7	74,4
Zypern	95,0	93,3	86,7	88,8	77,0		67,7	89,1	80,6	42,2	39,0

Quelle: Eigene Re-Skalierungen des Autors (Originalquellen siehe Analysetext)

#### 4. *Komparative Bewertung und Evaluation der österreichischen Demokratiequalität*

Für die nachfolgend präsentierten Bewertungen setzten wir Österreichs Demokratie in Referenz zu den OECD-Ländern (EU27) mit Fokus auf das Jahr 2010. Theoretisch wurden konzeptionell vier Dimensionen abgeleitet (Freiheit, Gleichheit, Kontrolle und nachhaltige Entwicklung), und diesen elf empirische Indikatoren zugeordnet. Tabelle 13.1 (in Abschnitt 3) hält das empirische Ergebnis dazu fest. Thesenartig zusammengefasst lassen sich auf dieser Basis folgende Befunde formulieren:

- a) Österreichische Demokratiequalität fällt komparativ gut aus bei „political rights“ und „civil liberties“ (Dimension Freiheit), Einkommensgleichheit (Dimension Gleichheit) und bei beiden Indikatoren für die Dimension nachhaltige Entwicklung.
- b) Österreichische Demokratiequalität fällt komparativ nicht mehr ganz so gut aus bei Pressefreiheit und ökonomische Freiheit (Dimension Freiheit), Gender-Gleichheit (Dimension Gleichheit) und Korruption (Dimension Kontrolle).
- c) Österreichische Demokratiequalität fällt komparativ deutlich abgeschlagen (niedriger positioniert) aus bei beiden verwendeten Indikatoren des Migrant Integration Policy Index (MIPEX) – bei MIPEX allgemein belegt Österreich nur Rangplatz 26 (von 33)<sup>31</sup> und beim Zugang zu Staatsbürgerschaft sogar nur mehr Rangplatz 30 (von 33).<sup>32</sup> In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung interessant, dass die schlechte Performanz von Österreich beim MIPEX offenbar nicht auf die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten bei Freedom House negativ abfärbt. Eine These wäre, dass Ausländerintegration dort (bei Freedom House) nicht hoch gewichtet Eingang findet.

Die komparativen Stärken und Schwächen der österreichischen Demokratiequalität mischen sich unterschiedlich über die Dimensionen Freiheit und Gleichheit. Hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung positioniert sich die österreichische Demokratiequalität robust und hoch gereiht. Werden die Werte des Democracy Ranking für die Jahre 2009-2010 als Ausgangspunkt genommen (Democracy Ranking 2011), so platzieren sich bei nachhaltiger Entwicklung die Länder Norwegen, Schweden, Finnland, die Schweiz und Dänemark weltweit an der Spitze. Damit geben derzeit die nordischen Länder (und die Schweiz) das globale empirische Benchmark für Demokratieentwicklung vor (für eine umfassende und nachhaltige Demokratie-

31 Hier liegen hinter Österreich nur Bulgarien, Litauen, Japan, Malta, die slowakische Republik, Zypern und Lettland.

32 Hier schneiden sogar nur noch Litauen, Estland und Lettland noch schlechter als Österreich ab.

entwicklung). Die nordischen Länder zeigen beeindruckend auf, welches Maß an Demokratiequalität empirisch bereits möglich ist.<sup>33</sup>

Vielfach platziert sich die österreichische Demokratiequalität im internationalen Vergleich mit den OECD-Ländern hoch bis sehr hoch, aber nicht über alle Dimensionen und Indikatoren. Im Sinne eines weitergehenden Lernens für Österreichs Demokratiequalität (so die These) erscheint vor allem die Identifikation der potenziellen Problemfelder als relevant, da natürlich im Besonderen dort Reformen von Politik und Demokratie greifen sollten und müssen. Innovationsnotwendigkeiten verorten sich für Österreichs Demokratiequalität vor allem für Pressefreiheit, Gender-Gleichheit und eine konsequentere Eindämmung und Bekämpfung von Korruption. Der dringendste Handlungsbedarf für Österreichs Demokratiequalität besteht aber vor allem in einer verbesserten Integration von Migrantinnen und Migranten (nicht-EU-Bürgern) und einem verbesserten Zugang zu Staatsbürgerschaft. Ferner ist Integrationspolitik mit benachbarten Politikfeldern wie Asylpolitik (Rosenberger 2010) vernetzt. Österreichs Staatsbürgerschaft kennt kein „jus soli“, sondern wendet ein reines „jus sanguinis“ an: Automatischer Erwerb von Staatsbürgerschaft erfolgt noch immer über die Staatsbürgerschaft der Eltern, Geburt in Österreich und Residenz während Kindheit und Jugend werden dabei und dafür ausgeblendet. Damit entscheidet faktisch Abstammung (also ein biologisches Prinzip) über politische Rechte und automatische politische Teilnahme (Partizipation) an Österreichs Demokratie.<sup>34</sup> Dies lässt sich nur schwer in Einklang bringen mit den entwickelten Qualitätsstandards einer Demokratie des 21. Jahrhunderts und steht letztlich – konsequent gedacht – im Widerspruch zu Fairness und dem Prinzip der universellen Gleichheit der Menschenrechte.<sup>35</sup> Reformen von Staatsbürgerschaft in anderen europäischen Ländern (wie Deutschland), während der letzten Jahre, sind hier nicht nach Österreich durchgedrungen und wurden nicht in den österreichischen politischen Mainstream-Diskurs aufgenommen.<sup>36</sup>

33 „The Nordic democracies (and Switzerland) demonstrate in empirical terms and in practice, which degrees and levels of a quality of democracy already can be achieved at the beginning of the twenty-first century“ (Campbell 2011: 6).

34 Bedenklich für Demokratiequalität ist es, wenn ein bedeutender Anteil der Wohnbevölkerung nicht im Besitz der Staatsbürgerschaft ist, da dies dazu führen kann, dass manche Parteien, die an Wahlstimmenmaximierung interessiert sind, den Staatsbürgern „auf Kosten“ der Nicht-Staatsbürger Wahlversprechen machen. Der Anteil der Nicht-Staatsbürger bestimmt also gleichsam ein populistisches Potenzial für Parteienwettbewerb (Campbell 2002: 30-31).

35 Laut Pelinka (2008) bedarf es in Österreich einer systematischeren konzeptionellen Reflexion über den demos, also: „Wer ist das Volk?“. Diese Reflexion müsste in Richtung von mehr Inklusion gehen (siehe auch Valchans 2006; Rosenberger in diesem Band).

36 Verweigert Österreichs Politik auch in den kommenden Jahren die Einführung einer jus-soli-Komponente in das Staatsbürgerschaftsgesetz, so ist nicht ausgeschlossen, dass die reine jus-sanguinis-Ausgestaltung noch rechtlich auf „Verfassungswege“ (national, supranational oder international) angefochten wird.

5. *Schluss: Möglichkeiten einer Verbesserung von Demokratiequalität in Österreich*

Abschließend sollen einige Möglichkeiten für eine Verbesserung der österreichischen Demokratiequalität skizziert und zur Diskussion gestellt werden:

- a) *Staatsbürgerschaft*: Die Einführung einer gleichberechtigten „jus soli“-Komponente, parallel zum „jus sanguinis“, ist dringend notwendig.<sup>37</sup> Zu Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaft sind unterschiedliche Positionen denkbar und legitim, es gibt jedoch gute Argumente für deren Zulassung.
- b) *Gender-Gleichheit, Pressefreiheit, verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten und Eindämmung von Korruption*: Das sind Bereiche und Politikfelder, in denen sich Österreich komparativ nicht so gut beziehungsweise sogar schlechter positioniert. Reformen von Österreichs Demokratie sollten deshalb intensiver auf diese Anwendungsbereiche von „policy“ fokussieren.<sup>38</sup>
- c) *Ausbalancierung von politischer Macht*: Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm (2000: 589) rechneten für Westeuropa empirisch vor, dass Regierungsparteien ein höheres Risiko dafür tragen, bei Wahlen zu verlieren als zu gewinnen. Das wäre somit ein Ausdruck des Phänomens, warum sich in Demokratien regelmäßig Regierung/Oppositions-Zyklen und politische Schwingungen (Linksrechts-Schwingungen) manifestieren. Eine Besonderheit für Österreich ist, dass es hier auf Ebene des nationalen Parlaments (im Nationalrat) seit der Nationalratswahl 1983 durchgehend eine „rechte“ Mandatsmehrheit gibt. Umgekehrt lässt sich zur Diskussion stellen, dass – möglicherweise in Reaktion auf die „konservativen/rechten“ Koalitionen von ÖVP/FPÖ und ÖVP/BZÖ (schwarzblau beziehungsweise schwarz-orange) auf Bundesebene im Zeitraum 2000-2007<sup>39</sup> – für die österreichischen Landtage erstmals ab 2005 eine „linke“ Mandatsmehrheit resultierte, wenn die Landtage nach Bevölkerung gewichtet aggregiert werden (Campbell 2007: 392-393).<sup>40</sup> Die Fortsetzung von Großen Koalitionen (SPÖ und ÖVP) auf Bundesebene lässt hier unter Umständen eine Erosion linker Landtagsmehrheiten erwarten. Für eine verbesserte politische Machtausbalancierung wäre möglich: vermehrte Begrenzung von Amtszeiten („term limits“) – also auch für Bundeskanzlerin und Bundeskanzler sowie Lan-

37 Jus soli würde hier bedeuten: Jeder und jede, der beziehungsweise die in Österreich geboren wird, erhält automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft. Dies könnte (eventuell) auch auf solche Personen ausgeweitet werden, die eine Mindestanzahl an Wohnjahren während der Kindheit und/oder Jugend in Österreich verbringen.

38 Zu Politikfinanzierung siehe beispielsweise Sickinger (2009).

39 Für eine Analyse von Österreichs Bundesregierung in diesen Jahren siehe Wineroither (2009).

40 Siehe hier: [http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS\\_2007\\_4\\_campbell.pdf](http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2007_4_campbell.pdf) und <http://www.ssoar.info/ssoar/View/?resid=12472&lang=de> (17.1.2012).

deshauptleute; generelle Abschaffung vom Proporz auf Landesebene; generelle Einführung der Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in allen Bundesländern; eine mögliche Direktwahl von Landeshauptleuten – bei Re-Arrangierung der Machtbalance auf Landesebene (ebd.: 402).<sup>41</sup>

- d) *Volksabstimmungen*: Sollen Volksbegehren mit einer Mindestanzahl an Unterschriften automatisch einer Volksabstimmung zugeführt und unterzogen werden? (Soll das Parlament mit „qualifizierter Mehrheit“ dagegen berufen können?) Gegen einen vermehrten Einsatz von Referenda sprechen folgende Befürchtungen: Politik (Politik-Zyklen) würden zu kurzfristig werden; Blockade von Prozessen einer weitergehenden EU-Integration; ein populistischer Missbrauch von einzelnen Themen (beispielsweise gegen Migrantinnen und Migranten). Dafür spräche hingegen, dass die Bevölkerung beziehungsweise die Wählerinnen und Wähler ein Thema auf die politische Agenda setzen könnten, welches die regierenden Parteien möglicherweise ignorieren. Wichtig wäre deshalb die Entscheidung, was eine gute notwendige Mindestanzahl an Unterschriften sein müsste? 250 000 Unterschriften wären wahrscheinlich zu wenig, 640 000 Unterschriften (so um die 10 Prozent der Wahlberechtigten) eventuell ausreichend. Diese Referenzlatte könnte aber auch noch höher gelegt werden – beispielsweise 25 Prozent aller Wahlberechtigten (Campbell 2002: 39).
- e) *Politische Bildung*: Im österreichischen Schulsystem (etwa Sekundarschule) sollte die politische Bildung klarer und konsequenter als ein eigenes beziehungsweise eigenständiges Fach umfassend eingeführt werden. Politische Bildung ließe sich dabei und dafür als eine „demokratische Bildung“ konzipieren (auch als eine solche explizit bezeichnen und dahingehend umbenennen?).<sup>42</sup>
- f) *„Democratic Audit“ von Österreich*: Bisher wurden das politische System Österreichs, seine Demokratie und Demokratiequalität, noch keinem systematischen Democratic Audit unterzogen.<sup>43</sup> Dafür ließe sich beispielsweise das Verfahren von IDEA einsetzen und anwenden (Beetham 1994; siehe auch wiederum IDEA 2008). Es wäre aber genauso möglich, verschiedene Verfahren zu „poolen“ beziehungsweise hybrid zu kombinieren.<sup>44</sup>

41 Für eine mögliche Reform des Wahlrechts siehe bei Klaus Poier (2001) seine Überlegungen zu einem „minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrecht“.

42 In diesem Zusammenhang müsste innovativ darüber nachgedacht werden, inwieweit Absolventinnen und Absolventen der österreichischen Politikwissenschaft auch zu Lehre in politischer Bildung im Sekundarschulbereich befähigt sein sollten (Vollzeit und/oder Teilzeit). Dafür wären Anpassungen im universitären Curriculum wahrscheinlich notwendig.

43 Versuche der österreichischen Politikwissenschaft, die österreichische Politik davon zu überzeugen, waren so weit nicht erfolgreich.

44 Für ein interessantes Beispiel für einen Democratic Audit in Costa Rica siehe Cullell (2004).

### *Literaturverzeichnis*

- Barth, Thorsten D., 2010: Konzeption, Messung und Rating der Demokratiequalität: Brasilien, Südafrika, Australien und die Russische Föderation 1997-2006, Saarbrücken: Verlag Dr. Müller.
- Barth, Thorsten D., 2011: Die 20 besten Demokratien der Welt: Freiheit – Gleichheit – Demokratiequalität auf einen Blick, Norderstedt: Books on Demand Verlag.
- Beck, E. Robert A./Schaller, Christian 2003: Zur Qualität der britischen und österreichischen Demokratie, Wien: Böhlau.
- Beetham, David, 1994: Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: David Beetham (Hrsg.), *Defining and Measuring Democracy*, London: Sage, 25-43.
- Beetham, David, 2004: Freedom as the Foundation, in: *Journal of Democracy* 15, 61-75.
- Beetham, David/Byrne, Iain/Ngan, Pauline/Weir, Stuart (Hrsg.), 2002: *Democracy under Blair: A Democratic Audit of the United Kingdom*, London: Politico's Publishing.
- Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Weßels, Bernhard, 2011: The Democracy Barometer: A New Instrument to Measure the Quality of Democracy and Its Potential for Comparative Research, in: *European Political Science* 10, 1-18.
- Campbell, David F. J., 2002: Zur Demokratiequalität von politischem Wechsel, Wettbewerb und politischem System in Österreich, in: David F. J. Campbell/Christian Schaller (Hrsg.), *Demokratiequalität in Österreich*, Opladen: Leske + Budrich, 19-46.
- Campbell, David F. J., 2007: Wie links oder wie rechts sind Österreichs Länder? Eine komparative Langzeitanalyse des parlamentarischen Mehrebenensystems Österreichs (1945-2007), in: *SWS-Rundschau* 47, 381-404.
- Campbell, David F. J., 2008: *The Basic Concept for the Democracy Ranking of the Quality of Democracy*, Wien: Democracy Ranking.
- Campbell, David F. J., 2011: *Key Findings (Summary Abstract) of the Democracy Ranking 2011 and of the Democracy Improvement Ranking 2011*, Wien: Democracy Ranking.
- Campbell, David F. J./Liebhart, Karin/Martinsen, Renate/Schaller, Christian/Schedler, Andreas (Hrsg.), 1996: *Die Qualität der österreichischen Demokratie: Versuche einer Annäherung*, Wien: Manz.
- Campbell, David F. J./Schaller, Christian (Hrsg.), 2002: *Demokratiequalität in Österreich: Zustand und Entwicklungsperspektiven*, Opladen: Leske + Budrich.
- Campbell, David F. J./Sükösd, Miklós (Hrsg.), 2002: *Feasibility Study for a Quality Ranking of Democracies*, Wien: Global Democracy Award.
- Campbell, David F. J./Barth, Thorsten D., 2009: Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich, *SWS-Rundschau* 49, 208-233.
- Carayannis, Elias G./Campbell, David F. J., 2011: Open Innovation Diplomacy and a 21st Century Fractal Research, Education and Innovation (FREIE) Ecosystem: Building on the Quadruple and Quintuple Helix Innovation Concepts and the "Mode 3" Knowledge Production System, in: *Journal of the Knowledge Economy* 2, 327-372.
- Carayannis, Elias G./Campbell, David F. J., 2012: *Mode 3 Knowledge Production in Quadruple Helix Innovation Systems: 21st-Century Democracy, Innovation, and Entrepreneurship for Development*, Springer Briefs in Business, Volume 7, New York: Springer.

- Cullell, Jorge Vargas, 2004: Democracy and the Quality of Democracy: Empirical Findings and Methodological and Theoretical Issues Drawn from the Citizen Audit of the Quality of Democracy in Costa Rica, in: Guillermo O'Donnell/Jorge Vargas Cullell/Osvaldo M. Iazzetta (Hrsg.), *The Quality of Democracy: Theory and Applications*, Notre Dame: University of Notre Dame Press, 93-162.
- Cunningham, Frank, 2002: *Theories of Democracy*, London: Routledge.
- Dahl, Robert A., 1971: *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven: Yale University Press.
- Democracy Ranking, 2011: *Democracy Ranking 2011 and the Democracy Improvement Ranking 2011*, Wien: Democracy Ranking.
- Diamond, Larry/Morlino, Leonardo, 2004: The Quality of Democracy: An Overview, in: *Journal of Democracy* 15, 20-31.
- Diamond, Larry/Morlino, Leonardo, 2005: *Assessing the Quality of Democracy*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, Boston: Addison-Wesley.
- EIU/Economist Intelligence Unit, 2010: *Democracy Index 2010: Democracy in Retreat*, London: Economist Intelligence Unit.
- Freedom House, 2011a: *Freedom in the World 2011: Methodology*, Washington, DC: Freedom House.
- Freedom House, 2011b: *Freedom in the World – Population Trends*, Washington, DC: Freedom House.
- Freedom House, 2011c: *Freedom in the World Aggregate and Subcategory Scores*, Washington, DC: Freedom House.
- Freedom House, 2011d: *Freedom of the Press: Country Reports*, Washington, DC: Freedom House.
- Fröschl, Erich/Kozeluh, Ulrike/Schaller, Christian (Hrsg.), 2008: *Democratisation and De-democratisation in Europe? Austria, Britain, Italy, and the Czech Republic – A Comparison*, Innsbruck: Studienverlag.
- Gastil, Raymond Duncan, 1993: The Comparative Survey of Freedom: Experiences and Suggestions, in: Alex Inkeles (Hrsg.), *On Measuring Democracy*, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers, 21-46.
- Harding, Stephen/Phillips, David/Fogarty, Michael, 1986: *Contrasting Values in Western Europe: Unity, Diversity and Change*, Studies in the Contemporary Values of Modern Society, London: Macmillan.
- Hausmann, Ricardo/Tyson, Laura D./Zahidi, Saadia (Hrsg.), 2011: *The Global Gender Gap Report 2011*, Genf: World Economic Forum.
- Held, David, 2006: *Models of Democracy*, Stanford: Stanford University Press.
- Helms, Ludger, 2007: *Die Institutionalisierung der liberalen Demokratie: Deutschland im internationalen Vergleich*, Frankfurt: Campus.
- Heritage Foundation, 2011: *2011 Index of Economic Freedom: Ranking the Countries*, Washington, DC: The Heritage Foundation.
- Huddleston, Thomas/Niessen, Jan/Chaoimh, Eadaoin Ni/White, Emilie (Hrsg.), 2011: *Migrant Integration Policy Index III*, Brüssel: British Council and Migration Policy Group.
- IDEA/International Institute for Democracy and Electoral Assistance/Beetham, David/Carvalho, Edzia/Landman, Todd/Weir, Stuart, 2008: *Assessing the Quality of Democracy: A Practical Guide*, Stockholm: International IDEA.
- IMF/International Monetary Fund, 2011: *World Economic Outlook*, April 2011, Washington, DC: International Monetary Fund.

- Kuhn, Thomas S., 1962: *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago: The University of Chicago Press.
- Lauth, Hans-Joachim, 2004: *Demokratie und Demokratiemessung: Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lauth, Hans-Joachim, 2010: *Möglichkeiten und Grenzen der Demokratiemessung*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 8, 498-529.
- Lauth, Hans-Joachim, 2011: *Qualitative Ansätze der Demokratiemessung*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 9, 49-77.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.), 2000: *Demokratiemessung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Marshall, Thomas H., 1964: *Class, Citizenship, and Social Development: Essays*, Garden City/New York: Doubleday.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare, 2000: *Conclusion: Coalition Governance in Western Europe*, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hrsg.), *Coalition Governments in Western Europe*, Oxford: Oxford University Press, 559-592.
- Munck, Gerardo L., 2009: *Measuring Democracy*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- O'Donnell, Guillermo, 2004a: *Human Development, Human Rights, and Democracy*, in: Guillermo O'Donnell/Jorge Vargas Cullell/Osvaldo M. Iazzetta (Hrsg.), *The Quality of Democracy: Theory and Applications*, Notre Dame: University of Notre Dame Press, 9-92.
- O'Donnell, Guillermo, 2004b: *Why the Rule of Law Matters*, in: *Journal of Democracy* 15, 32-46.
- OECD, 2011: *OECD.Stat Extracts: Social and Welfare Statistics*, Paris: OECD.
- Pelinka, Anton, 2008: *Democratisation and De-democratisation in Austria*, in: Erich Fröschl/Ulrike Kozeluh/Christian Schaller (Hrsg.), *Democratisation and De-democratisation in Europe? Austria, Britain, Italy, and the Czech Republic – A Comparison*, Innsbruck: Studienverlag, 21-36.
- Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde, 2003: *Österreichische Politik: Grundlagen, Strukturen, Trends*, Wien: Facultas.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert, 2006: *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Poier, Klaus, 2001: *Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht: Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik*, Wien: Böhlau.
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael E./Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando, 2003: *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenberger, Sieglinde (Hrsg.), 2010: *Asylpolitik in Österreich: Unterbringung im Fokus*, Wien: Facultas.
- Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg, 2008: *Wählen*, Wien: Facultas.
- Schmidt, Manfred G., 2010: *Demokratiethorien*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitter, Philippe C., 2004: *The Ambiguous Virtues of Accountability*, in: *Journal of Democracy* 15, 47-60.
- Sickinger, Hubert, 2009: *Politikfinanzierung in Österreich*, Wien: Czernin.
- Sodaro, Michael J., 2004: *Comparative Politics: A Global Introduction*, Boston: McGraw Hill.
- Stoiber, Michael, 2011: *Die Qualität von Demokratien im Vergleich: Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratietheorie*, Baden-Baden: Nomos.
- TI/Transparency International, 2011: *Transparency International Annual Report 2010*, Berlin: TI.



- UNDP/United Nations Development Program, 2000: Human Development Report 2000: Human Rights and Human Development. Oxford: Oxford University Press.
- UNDP/United Nations Development Program, 2011: Human Development Report 2011: Sustainability and Equity: A Better Future for All, New York: UNDP.
- Valchars, Gerd, 2006: Defizitäre Demokratie: Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich, Wien: Braumüller.
- Vanhanen, Tatu, 2000: A New Dataset for Measuring Democracy, 1810-1998, in: Journal of Peace Research 37, 251-265.
- Wineroither, David, 2009: Kanzlermacht – Machtkanzler? Die Regierung Schlüssel im historischen und internationalen Vergleich, Wien: LIT.
- Winiwarter, Verena/Knoll, Martin, 2007: Umweltgeschichte, Köln: Böhlau.

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	9
Einleitung: Austria sui generis? Der Vergleich als Königsweg der Demokratieforschung <i>Ludger Helms / David M. Wineroither</i>	13
<b>I. Historische Grundlagen und theoretische Perspektiven</b>	31
Demokratie und Demokratiebegriff in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert – Der ideengeschichtliche Hintergrund <i>Helmut Reinalter</i>	33
Demokratiegeschichte Österreichs im europäischen Kontext <i>Oliver Rathkolb</i>	59
Die Verfassung der demokratischen Republik: ein europäischer Sonderfall? <i>Theo Öhlinger</i>	81
Perspektiven zeitgenössischer Demokratietheorie <i>Gary S. Schaal / Oliver W. Lembcke</i>	101
Die österreichische Demokratie aus Sicht der geschlechterkritischen Staats- und Demokratietheorie <i>Birgit Sauer</i>	125
<b>II. Strukturen, Prozesse, Inhalte</b>	145
Nationalrat, Bundesregierung und Bundespräsident: Die gouvernementale Arena im internationalen Vergleich <i>Ludger Helms / David M. Wineroither</i>	147
Die territoriale Dimension der österreichischen Demokratie in vergleichender Perspektive <i>Peter Bußjäger</i>	171

Die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Österreich im internationalen Vergleich <i>David M. Wineroither / Herbert Kitschelt</i>	193
Interessengruppen und Interessenvermittlung: Internationale Gemeinsamkeiten und österreichische Besonderheiten <i>Klaus Armingeon</i>	223
Österreichische Medien und politische Kommunikation in komparativer Sicht <i>Fritz Plasser / Günther Pallaver</i>	249
Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich <i>Fritz Plasser / Gilg Seeber</i>	269
Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive <i>David F. J. Campbell</i>	293
Das Staatstätigkeitsprofil der Zweiten Republik im internationalen Vergleich <i>Herbert Obinger</i>	317
<b>III. Neue Herausforderungen und die Zukunft der österreichischen Demokratie</b>	339
Die Europäisierung der demokratischen Institutionen Österreichs im EU-Vergleich <i>Johannes Pollak / Sonja Puntscher Riekmann</i>	341
Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich? <i>Reinhard Heinisch</i>	361
Inklusive Demokratie? Die politischen, sozialen und religiösen Rechte von Wohnbürgern ohne österreichische Staatsbürgerschaft <i>Sieglinde Rosenberger</i>	383

Aufgaben und Probleme politischer Bildung in Österreich <i>Wolfgang Sander</i>	403
Die demokratiepolitische Reformagenda im Vergleich <i>Anton Pelinka</i>	423
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	441

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

### Abbildungen

9.1	„Modes of political linkage building“	195
9.2	Klientelismus und per capita GDP: Österreich im Weltvergleich	198
9.3	Ausmaß (2008/09) und Veränderungen (1998-2008) in den klientelistischen Anstrengungen der Parteien	199
9.4	Die aggregierte Position von Berufsklassen und Parteiwählerschaften im österreichischen Wettbewerbsraum im Jahr 2008	214
10.1	Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades 1990-2009. Österreich im Vergleich mit seinen östlichen Nachbarn	231
10.2	Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades 1960-2009. Österreich im Vergleich mit seinen westlichen Nachbarn sowie Schweden und Großbritannien	232
12.1	Generalisierbare Unterstützung der Demokratie 1999-2008	286
13.1	Dimensionen (konzeptionelle Dimensionen) für die Messung von Demokratie und Demokratiequalität I	296
13.2	Dimensionen (konzeptionelle Dimensionen) für die Messung von Demokratie und Demokratiequalität II	300
14.1	Ausgabenprofil der öffentlichen Hand in Österreich 1995-2009	325
14.2	Clusteranalyse zentraler Ausgaben- und Einnahmenkomponenten des Staates im Jahr 2006	327
14.3	Beschäftigungsschutz 1985 und Veränderung 1985-2008	329
14.4	Produktmarktregulierung 1998 und Veränderung 1998-2008	330
17.1	Bevölkerung „ausländischer Herkunft“ bzw. „mit Migrationshintergrund“ im Überblick	388

## Tabellen

5.1	Die Stufen des demokratischen Prozesses und ihre deliberativen Ideale	108
8.1	Innere Strukturen ausgewählter Staaten	184
8.2	Regionale und kommunale Gliederungen ausgewählter Staaten	186
9.1	Klientelistische Anstrengungen der österreichischen Parlamentsparteien	201
9.2	Mitgliedschaft in politischen Parteien (in Tausend) und Organisationsgrad, Österreich 1979-2008	203
9.3	Das Schicksal von Parteienfamilien zwischen 1955/1965 und 2001/2011: Der unterschiedliche relative Niedergang etablierter Parteien	208
9.4	Parameter des Parteiensystemwandels, Österreich 1945-2008	209
9.5	Das Wahlverhalten von Arbeitern 1979-2008	211
9.6	Das Wahlverhalten von Beschäftigten im privaten und öffentlichen Sektor im Jahr 2008	211
9.7	Der Stimmenanteil der FPÖ unter Beschäftigten im privaten und öffentlichen Sektor seit 1986	212
10.1	Mitgliedschaften in Verbänden	226
10.2	Struktur der Mitgliedschaften	227
10.3	Korrelate von Verbandsmitgliedschaft	228
10.4	Organisationsgrade der Gewerkschaften 2002-2008	233
10.5	Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern	240
10.6	Makrodaten Visser zu Korporatismus	243
11.1	Auflagenstärkste Tageszeitungen in Europa 2010	251
11.2	Marktanteile öffentlich-rechtlicher Sender in Europa 2010/2011	254
11.3	Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Sendern in Europa	255
11.4	Reichweiten der TV-Hauptnachrichtensendungen im europäischen Vergleich	255

11.5	Mediennutzung im Vergleich	257
11.6	Vertrauen in Medien im Vergleich	260
11.7	Einschätzung des politischen Einflusses unterschiedlicher Medientypen durch Politiker und Journalisten	264
12.1	Politisches Interesse 1974-2008	276
	Eindruck politischer Machtlosigkeit 1973-2009	277
12.3	Subjektives politisches Kompetenzgefühl (internal political efficacy) 2002-2004	278
	Informelle politische Partizipationsraten 1974-2008	280
12.5	Vertrauen in Institutionen 1990-2008	282
12.6	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 1995-2010	284
13.1	Österreichische Demokratiequalität im Vergleich	307
14.1	Staatsquote in Prozent des BIP	320
14.2	Staatsquote und Staatsausgaben (in % des BIP) in ausgewählten Politikfeldern 1960 beziehungsweise 1980	321
14.3	Funktional differenzierte Staatsausgaben nach COFOG in Prozent des BIP 1995 und 2006	323

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Klaus Armingeon*, o. Professor für Politikwissenschaft und Institutsdirektor, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern

*Peter Bußjäger*, Universitätsdozent und Institutsdirektor, Institut für Föderalismus, Innsbruck

*David F. J. Campbell*, Senior Scientist, Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung, Universität Klagenfurt

*Reinhard Heinisch*, Professor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive und Abteilungsleiter Politikwissenschaft, Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Salzburg

*Ludger Helms*, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleich politischer Systeme, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck

*Herbert Kitschelt*, George V. Allen Professor of International Relations, Department of Political Science, Duke University

*Oliver W. Lembcke*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Universität Jena

*Herbert Obinger*, Professor für vergleichende Policyanalyse, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen und University of Southern Denmark

*Theo Öhlinger*, em. o. Professor für öffentliches Recht, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Wien

*Günther Pallaver*, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik und Medien, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck

*Anton Pelinka*, Professor of Political Science and Nationalism Studies, Department of Political Science, Central European University, Budapest

*Fritz Plasser*, Professor für Politikwissenschaft, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck

*Johannes Pollak*, Senior Research Professor an der Webster University und Abteilungsleiter Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien, Wien



- Sonja Puntsher Riekman*, Professorin für Politische Theorie unter Berücksichtigung der Europäischen Politik und Leiterin des Salzburg Centre of European Union Studies, Universität Salzburg
- Oliver Rathkolb*, o. Professor für Zeitgeschichte und Institutsvorstand, Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien
- Helmut Reinalter*, em. o. Professor für Neuere Geschichte und Politische Philosophie, Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie, Universität Innsbruck
- Sieglinde Rosenberger*, Professorin für Politikwissenschaft, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
- Wolfgang Sander*, Professor für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, Institut für Schulpädagogik und Sozialwissenschaften, Universität Gießen
- Birgit Sauer*, Professorin für Politikwissenschaft, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
- Gary S. Schaal*, Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie, Institut für Politikwissenschaft, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg
- Gilg Seeber*, ao. Professor für Politikwissenschaft, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck
- David M. Wineroither*, Universitätsassistent, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck